



Universität Hamburg
DER FORSCHUNG | DER LEHRE | DER BILDUNG



HAMBURGER REDE ZUR ZUKUNFT EUROPAS EGILS LEVITS

PRÄSIDENT DER REPUBLIK LETTLAND





**HAMBURG
VIGONI FORUM**

Das Hamburg-Vigoni Forum wird als eine der internationalen Strategiekonferenzen der Universität Hamburg veranstaltet und von ihr aus Mitteln der Exzellenzstrategie von Bund und Ländern finanziert
<https://www.hamburg-vigoni.de>



DAS HAMBURG-VIGONI FORUM

„Was hält Europa zusammen?“ – Die Universität Hamburg hat unter diesem Leitthema in Kooperation mit dem Europa-Kolleg Hamburg, dem Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (IFSH) und dem Deutsch-Italienischen Zentrum für den europäischen Dialog Villa Vigoni eine Konferenzreihe ins Leben gerufen – das Hamburg-Vigoni Forum.

Seit 2020 bringt das Forum Forschung, Politik und Gesellschaft auf innovative Weise miteinander ins Gespräch. Dabei stehen weniger tagespolitische Detailfragen im Vordergrund als vielmehr ein integrationspolitisches Gesamtkonzept, welches die Narrative „Raum – Souveränität – Identität“ im Hinblick auf ihre Relevanz für konkrete europapolitische Zukunftskonzepte in den Blick nimmt. Unter Beteiligung international prominenter Wissenschaftler:innen und insbesondere des wissenschaftlichen Nachwuchses werden die Ergebnisse der Workshops in der Publikationsreihe „**Notizen aus dem Hamburg-Vigoni Forum**“ als konkrete Deutungsangebote für Politik und Gesellschaft zusammengefasst.

In den „**Hamburger Reden zur Zukunft Europas**“ werden diese Impulse abermals durch Spitzenpolitikerinnen und Spitzenpolitiker aufgegriffen und im Sinne des multidisziplinären Diskurses für eine breite Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Die erste Hamburger Rede zur Zukunft Europas fand am Freitag, den 28.04.2023 im Lichthof der Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg statt. Der **lettische Staatspräsident S.E. Egils Levits** thematisierte die Zukunft Europas als Werte- und Rechtsgemeinschaft und kontextualisierte die Souveränität Europas im Schatten des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine und die dadurch bedingte Zeitenwende.

Das Hamburg-Vigoni Forum wird als eine der internationalen Strategiekonferenzen der Universität Hamburg veranstaltet und aus Mitteln der Exzellenzstrategie von Bund und Ländern finanziert.



BEGRÜßUNG DURCH DEN PRÄSIDENTEN DER UNIVERSITÄT HAMBURG PROF. DR. HAUKE HEEKEREN

Sehr verehrter Herr Präsident Levits,
sehr verehrter Herr Botschafter Makeiev,
sehr verehrte Frau Staatsrätin Möller,
sehr geehrter Herr Belet,
Exzellenzen, lieber Herr Professor Kotzur, liebe Frau Professorin Schröder,
liebe Aktive des Hamburg-Vigoni Forums,
sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Gäste!

Ich begrüße Sie ganz herzlich zur heutigen Veranstaltung des Hamburg-Vigoni Forums.

„Was und wie hält Europa zusammen?“ – Das Nachdenken über diese Frage ist angesichts der großen globalen Veränderungen und substanzieller Umbrüche in den letzten Jahren relevanter und lohnenswerter denn je. Die Universität Hamburg hat daher 2020 unter diesem Leitthema in Kooperation mit dem Europa-Kolleg Hamburg, dem Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg und dem Deutsch-Italienischen Zentrum für den europäischen Dialog Villa Vigoni eine Konferenzreihe ins Leben gerufen – das Hamburg-Vigoni Forum.

Die Idee des Hamburg-Vigoni Forum ist es, Forschung, Politik und Gesellschaft zur Zukunft Europas miteinander ins Gespräch zu bringen. Dabei geht es uns um das große integrationspolitische Gesamtkonzept und die dafür relevanten drei großen Narrative „Raum – Souveränität – Identität“. Unter Beteiligung international renommierter Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und insbesondere auch des wissenschaftlichen Nachwuchses möchte das interdisziplinär angelegte Forum praxisorientierte Vorschläge für die zukünftige Gestaltung des europäischen Integrationsprozesses erarbeiten und Politik und Gesellschaft unterbreiten. Gleichzeitig sollen die Überlegungen gemeinsam weitergedacht und in öffentliche Diskurse eingespeist werden. Kernstück und zentraler Impuls der Hamburger Konferenzen des Forums soll eine „Hamburger Rede zur Zukunft Europas“ einer herausragenden Persönlichkeit der europäischen Politik sein. Unser nicht ganz unbescheidenes Ziel ist es, im Rahmen des Hamburg-Vigoni Forums eine neue Tradition von breit rezipierten Beiträgen zur Lage Europas zu begründen.

Die Exzellenzuniversität Hamburg finanziert das Hamburg-Vigoni Forum als eine ihrer internationalen Strategiekonferenzen aus Mitteln der Exzellenzstrategie von Bund und Ländern. Wir nehmen mit der Veranstaltung des Formats unsere Verantwortung als „Flagship University“ gegenüber der europäischen Gesellschaft wahr. Unsere Überzeugung ist: Wir

benötigen diese Foren des Dialogs, um Wissenschaft für Bürgerinnen und Bürger erlebbar zu machen, Impulse aus der Gesellschaft aufzunehmen und Unterstützung zu bieten für die Umsetzung von wissenschaftlicher Erkenntnis in politische Praxis.

Wie tagesaktuell die großen Fragen des Forums sind, das haben wir am 24. Februar 2022 schmerzlich erfahren müssen. Genau an diesem Tag hatten wir nach einigen coronabedingt vor allem digitalen Aktivitäten im Rahmen des Forums eigentlich die erste Hamburger Rede zur Zukunft Europas geplant. Dafür waren Sie, Herr Präsident, bereits nach Hamburg angereist und alle Vorbereitungen getroffen. Dann ereilte Sie und uns alle in der Nacht die furchtbare Nachricht des russischen Angriffs auf die Ukraine. Für uns alle hat sich seitdem vieles verändert, vor allem. für Ihr Volk, sehr geehrter Herr Botschafter, steht Fundamentales auf dem Spiel: Hunderttausende Soldatinnen und Soldaten verteidigen die Freiheit und Souveränität ihres Lands, viel zu viele haben Ihr Leben oder Angehörige verloren, Millionen mussten ihr Zuhause verlassen. Sie, Herr Präsident mussten am Morgen des 24. Februar natürlich sofort aus Hamburg abreisen für Krisensitzungen mit Ihren europäischen Kolleginnen und Kollegen. Die seitdem vergangenen 14 Monate markieren eine Zeitenwende in der Europäischen Politik, geprägt von den fundamentalen Fragen, wie sie das Forum umso mehr stellen und diskutieren will: Was und wie hält Europa angesichts dieses Angriffs auf einen souveränen europäischen Staat zusammen? Wie sieht die Zukunft Europas als Rechts- und Wertegemeinschaft aus, wie steht es um die strategische Souveränität Europas? Genau um diese großen Fragen wird es nun heute in der ersten Hamburger Rede zur Zukunft Europas und in der anschließenden Podiumsdiskussion gehen.



Für eine große Rede zur Zukunft Europas braucht es große Europäerinnen und Europäer! Wer könnte insofern besser geeignet sein für die erste „Hamburger Rede zu Zukunft Europas“ als Egils Levits? Er ist aufgrund seiner wissenschaftlichen Laufbahn und politischen Funktionen, vor allem aber qua vita „Europäer“ par excellence. Und uns als hanseatische Europäerinnen und Europäer freut es besonders, dass er darüber hinaus Hamburg und unserer Universität als Alumnus sehr verbunden ist. Egils Levits, in Riga geboren, musste die damalige Sowjetunion 1972 verlassen. Nach dem Abitur in Münster studierte Egils Levits an der Universität Hamburg, zunächst Chemie, dann Rechtswissenschaften und Politische Wissenschaft. Als Jurastudent und Referendar arbeitete er an Zeitschrift und Zentralkatalog der Abteilung für Ostrechtsforschung mit, bevor er als Assistent an das Ostrechtsinstitut nach Kiel wechselte. Im Rahmen seiner anschließenden wissenschaftlichen Arbeit beschäftigte er sich unter anderem mit Fragen des Europa- und Verfassungsrechts sowie der rechtlichen Situation der ehemaligen Sowjetstaaten. Nach der Unabhängigkeit Lettlands wurde er 1992 erster Botschafter seines Landes in Deutschland, später in Österreich, Ungarn und der Schweiz. Von 1993 bis 1994 war er stellvertretender Ministerpräsident und Justizminister Lettlands, von 1995 bis 2004 Richter am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg und von 2004 bis 2019 Richter am Europäischen Gerichtshof in Luxemburg. Im Mai 2019 wurde er in das Amt des lettischen Staatspräsidenten gewählt.



Für eine große Rede zur Zukunft Europas braucht es große Europäerinnen und Europäer!

Wir freuen uns sehr, verehrter Herr Präsident, dass Sie heute nun erneut nach Hamburg und zurück an Ihre Alma Mater gekommen sind, um – mit dem schmerzlichen Erkenntnisgewinn des letzten Jahres – die erste Hamburger Rede zur Zukunft Europas im Rahmen unseres Forums zu halten.

An die Rede von Präsident Levits wird sich eine Podiumsdiskussion anschließen. Sie soll weiter reflektieren, was die Europäische Union angesichts der nationalen und internationalen Krisen zusammenhält. Sehr herzlich begrüßen möchte ich daher auch die weiteren Panelists die im weiteren Verlauf der Veranstaltung noch genauer vorgestellt werden:

S.E. Oleksii Makeiev, Botschafter der Ukraine in Deutschland,

Almut Möller, Staatsrätin und Bevollmächtigte der Freien und Hansestadt Hamburg beim Bund, der Europäischen Union und für auswärtige Angelegenheiten,

Ivo Belet, Senior Expert im Kabinett der Vizepräsidentin der Europäischen Kommission und Kommissarin für Demokratie und Demografie.

Herzlichen Dank für Ihr Kommen!

Die Moderation der Veranstaltung haben Markus Kotzur und Ursula Schröder übernommen. Prof. Kotzur haben Sie gerade schon erlebt. Er ist Professor für Europa- und Völkerrecht an unserer Universität, Präsident des Europa-Kollegs Hamburg und wissenschaftlicher Leiter des Hamburg-Vigoni Forums. Prof. Ursula Schröder ist Professorin für Politikwissenschaft, insbesondere Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg, zugleich Wissenschaftliche Direktorin des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik. Sie werden mit geballter wissenschaftlicher Expertise durch diesen Abend führen. Für ihr großes Engagement beim Aufbau des Forums wie auch der Vorbereitung des heutigen Abends gilt ihnen und ihrem Team mein ausdrücklicher Dank.

Und damit übergebe ich nun an Sie, verehrter Herr Präsident, für Ihre Rede. Kommen Sie gerne auf die Bühne. The floor is yours.



REDE DES STAATSPRÄSIDENTEN DER REPUBLIK LETTLAND S.E. EGILS LEVITS

Sehr geehrter Herr Präsident der Universität Hamburg,
sehr geehrter Herr Professor Kotzur,
sehr geehrter Herr Botschafter,
sehr geehrte Frau Staatsrätin,
meine verehrten Damen und Herren,

Ich bedanke mich für die große Ehre, hier an meiner alten Alma Mater nunmehr einige Gedanken über die Zukunft Europas mit ihnen zu teilen.

Ich werde zunächst kurz auf die Sicherheitslage in Europa eingehen. Dabei steht der Krieg Russlands gegen die Ukraine im Mittelpunkt. Es folgt die Frage nach der europäischen Autonomie, ob und wie weit Europa seine Zukunft gestaltet oder wenigstens zum Mitgestalten in der Lage ist beziehungsweise sein könnte. Und schließlich was Europa zusammenhält. Das sind die Werte unserer Gesellschaften. Diese sind aber gefährdet in erster Linie durch populistische Anfeindungen des demokratischen Verfassungsstaates sowie durch digitale Technologie, die eine Orientierung der Bürger in einer komplexen Welt erschwert und die zur Manipulation des politischen Willens genutzt werden kann. Können wir diese Gefährdungen meistern?

Zunächst also zur Situation in Europa, zur Sicherheitslage.

Wir leben in einer Zeit der gleichzeitig stattfindenden globalen Krisen. Im Vergleich dazu erscheinen die 90er-Jahre des letzten Jahrhunderts von 1990 – dem Jahr der deutschen Wiedervereinigung, der Wiederherstellung der Unabhängigkeit Lettlands, dem Ende der aufgezwungenen Teilung Europas und der Welt – bis etwa 2000, oder ich kann hier auch ein genaues Datum nennen, der 11. September 2001, als die glücklichen Jahre der Expansion der Demokratie, des Optimismus, des Friedens und der Prosperität.

Wenn wir auf die Geschichte zurückblicken, dann müssen wir erkennen, dass solche glücklichen Zeiten eher eine Ausnahme waren. In den allermeisten Perioden der Geschichte waren Krisen, Kriege, Bedrohungen, Unberechenbarkeit der Zukunft die Normalität. Und es scheint, dass wir jetzt in diese historische Normalität zurückgefallen sind. Weil wir aber bis vor kurzem eine geschichtlich seltene, friedvollere Periode erlebt haben, erleben wir das jetzt als einen schmerzhaften Rückfall. Aber wir müssen uns nun damit auseinandersetzen, wie wir damit umgehen, wie wir durch diese neu angebrochene Zeit der Krisen und Bedrohungen mit möglichst geringen Schmerzen und Verlusten hindurchgehen.



II

Wenn wir auf die geopolitische Situation in Europa und in der Welt nach 1945 zurückblicken, so können wir drei Phasen unterscheiden: Die erste Phase ist die bipolare Welt zwischen 1945 und 1990, die gekennzeichnet war durch die Konkurrenz der zwei Blöcke – Westblock gegen Ostblock, und die zunehmende Konkurrenz der zwei Blöcke in der „dritten“ Welt, die wir heute „der Globale Süden“ nennen. Das war eine Zeit der relativen Stabilität. Beide Blöcke wurden von dem jeweils anderen Block in Schach gehalten, was in jener Periode die Grundlage des Friedens war.

In der zweiten Phase, zwischen 1990 und 2001, nach dem Zusammenbruch des Sowjetsystems, blieb in der Welt eine einzige Supermacht – die Vereinigten Staaten. Dies waren die Clinton-Jahre, die Jahre, als der Politikwissenschaftler Fukuyama in seinem Buch das Ende der Geschichte verkündete. Dies war das Jahrzehnt der eindeutigen Dominanz einer einzigen Supermacht, die in einem erheblichen Maße das Weltgeschehen einseitig bestimmen konnte.

Europa teilte mit den USA dieselben demokratischen Werte. Zusammen bildeten wir den „Westen“, der darauf vertraute, dass Demokratie, Recht und Menschenrechte universelle Werte sind. Gemeinsam versuchte der Westen – gestützt auf die politische, ökonomische militärische Übermacht der USA – diese Werte in einigen Fällen auch anderswo in der Welt durchzusetzen (allerdings ohne nachhaltigen Erfolg).

Die dritte Phase, seit Beginn dieses 21. Jahrhunderts, ist gekennzeichnet durch den ständigen Verlust des Einflusses und der Bedeutung des Westens in der globalen Welt – sowohl der USA als auch Europas. Diese Phase dauert nun seit zwanzig Jahren, und die heutige Krisen- und Bedrohungslage ist eine radikale Zuspitzung und Beschleunigung dieses Prozesses, der symbolisch mit den Anschlägen vom 11. September 2001 begann.

III

Vergleicht man die Situation zu Beginn des 21. Jahrhunderts mit heute, dann ist klar: anstelle der dominierenden Übermacht der USA hat sich eine multipolare Weltordnung etabliert, in der fünf, sechs „Global Players“ miteinander konkurrieren und zum Teil gegenüberstehen. Außerdem agieren in dieser multipolaren Weltordnung eine Reihe von mittelgroßen Mächten und viele kleinere Staaten. Diese neue Staatenwelt gruppiert sich in informellen Allianzen, die allerdings eher Koordinationsfunktionen ausführen als langfristige Machtblöcke bilden. Als Beispiele wären die G7, G20, ASEAN oder die neue „Gegenallianz“ zum Westen – die schnell erstarkte BRIC – zu nennen.

Diese neue multipolare Welt ist keine friedliche Welt. Sie ist weit weniger friedlich als die unipolare Welt der vorausgegangenen Phase. Mit der relativen Schwäche des globalen Ordnungsfaktors USA ist die Gefahr von Konflikten gewachsen. In der letzten Dekade zeigen zwei der „Global Players“ – China und Russland (das wohl kleinste unter den „global Players“) – eine bisher nicht gekannte Aggressivität gegen andere Staaten. Vor allem Russland mit dem 2022 angefangenen Krieg gegen die Ukraine (es hat schon 2008 Georgien und 2014 zum ersten Mal die Ukraine angegriffen und Teile ihres Territoriums besetzt).

Dabei sind die USA immerhin noch der größte der „Global Players“. Ebenso ist Europa in gewisser Hinsicht ein „Global Player“. Das Gewicht Europas ist in einigen Sektoren weiterhin erheblich. Dennoch ist eine Tendenz spürbar – die USA zusammen mit Europa sowie den vier Asien-Pazifik Staaten Japan, Südkorea, Australien und Neuseeland, die zusammen die geopolitische Größe „der Westen“ bilden, befinden sich in der Phase des relativen globalen Niedergangs – politisch, wirtschaftlich, militärisch, moralisch.

Die Ursachen dafür sind vielfältig. Das moralische Selbstvertrauen in die westliche Ideologie der Demokratie, des Rechtsstaates, der Menschenrechte ist erodiert. Populismus in allen seinen Erscheinungsformen ist eine Folge. Ich darf anmerken, dass niemand so effektiv zum Verlust der Bedeutung der USA – und damit einer der zwei Säulen des Westens – beigetragen hat, wie der ehemalige Präsident Trump.

Europa ist in dieser Hinsicht in einer besseren Position, aber die Unfähigkeit der politischen Elite, in der Erkenntnis größerer, längerfristiger Zusammenhänge einig und entschlossen zu handeln, macht Europa global zu einem politischen Zwerg. Europa leidet akut an einem Mangel an politischer und moralischer Führung. Ebenso die institutionelle Schwerfälligkeit der EU verhindert, die Rolle eines „global Players“ wirklich effektiv wahrzunehmen. Dabei sind selbst die großen europäischen Staaten wie Deutschland oder Frankreich, im globalen Maßstab mittelgroße Mächte, zu klein, um allein einen bestimmenden Einfluss auf das Weltgeschehen zu nehmen und längerfristig sogar nur für sich selbst einen günstigen Kontext im Weltgeschehen zu schaffen.



Es ist bezeichnend, dass die Münchner Sicherheitskonferenz 2021 unter der Überschrift *Westlessness* stattfand. Gemeint ist eine Welt ohne den Westen. Dies war natürlich eine provokative Überschrift, aber doch so bezeichnend für die jetzige Situation: Wir, der Westen, verlieren an Einfluss in der Welt.

Zeitgleich beobachten wir einen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Aufstieg Chinas, wie auch Indiens. In diesem Jahr hat Indien, China im Hinblick auf die Bevölkerungszahl überholt. Zugleich erstarken regionale Führungsmächte mittlerer Größe wie Brasilien, Türkei, Südafrika, Mexiko, Ägypten, Saudi-Arabien und Andere.

IV

Es wird immer deutlicher, dass die Erkenntnis an Wichtigkeit gewinnt, dass wir der Westen, jetzt unseren Platz in der neuen, unübersichtlichen und unsicheren multipolaren Weltordnung aktiv suchen und verteidigen müssen, damit erstens unsere Handlungsfähigkeit erhalten bleibt, und zweitens, damit wir unsere Selbstbestimmung nicht verlieren.

Doch was ist „der Westen“? Der Westen bildet keine gemeinsame formelle Organisation. Allgemein gelten Europa und Nordamerika sowie Australien und Neuseeland als „der Westen“. Diese Staaten, die zum Westen gezählt werden, haben gemeinsame gesellschaftliche Wertüberzeugungen, die ihre Wurzeln in den historischen Entwicklungen und Erfahrungen Europas haben.



Also die spezifischen Werte sind der Stoff aus dem der Westen im politischen Sinne gemacht ist. Die Werte als axiomatische, nicht mehr weiter hinterfragbare Kategorien, auf die das westliche Rechtssystem und das politische System aufbauen. Wir fragen nicht nach der Begründung der Werte, weshalb sie so sind, wie sie sind. Sie sind historisch gewachsen, aber sie wandeln sich auch langsam. Eine weitere Begründung der Werte ist nicht erforderlich. Wir verlangen nicht nach einer weiteren Begründung, weshalb oder zu welchem Zweck bei uns im Westen die Würde des Menschen für den höchsten Wert gehalten wird. Wir akzeptieren diese Tatsache als vorgegeben und bauen unsere weiteren politischen Vorstellungen auf dieser auf.



Die Werte als axiomatische, nicht mehr weiter hinterfragbare Kategorien, auf die das westliche Rechtssystem und das politische System aufbauen.

Das ist genauso wie die Vorstellung der alten Inder über die Welt. Sie fragten: Worauf stützt sich die Erde, weshalb fällt die Erde nicht herunter? Die Antwort war einleuchtend – die Erde stützt sich auf drei Elefanten. Gut, aber worauf stützen sich die drei Elefanten? Die Antwort war ebenfalls klar – auf eine riesige Schildkröte. Aber worauf stützt sich die riesige Schildkröte? Diese Frage wurde nie gestellt.

Ebenso verhält es sich mit den Werten des Westens. Wir haben diese Werte verinnerlicht, akzeptiert und mit Leben erfüllt. Wir fragen nicht nach weiterer Begründung. Wir können sie erkennen, wenn wir Konstellationen nachvollziehen, wie wir gehandelt haben. Wir können sie in den Verfassungen nachlesen, zum Beispiel, im Artikel 1 des Grundgesetzes, oder in der Präambel der lettischen Verfassung. Also, die Werte sind da.

Auf die spezifischen westlichen Werte gründet sich westliche politische Ordnung – der Staatsordnung des demokratischen Rechtsstaates. Diese ist eine besondere Staatsordnung, die sich prinzipiell von allen anderen historisch gewesenen und heute bestehenden Staatsordnungen unterscheidet.

Die historisch gewachsenen Werte und diese spezifische Staatsordnung kennzeichnen die Identität des Westens im politischen Sinne, die politische Identität der Nationen, die sich als zur westlichen Welt gehörig fühlen.

Ich möchte anmerken, dass der Westen im politischen Sinne nicht mit dem Westen im kulturellen Sinne identisch ist – heute gelten allgemein nicht nur Australien und Neuseeland, sondern auch die beiden asiatisch-pazifischen Staaten, Japan und Südkorea, international und nach ihrem eigenem politischen Selbstverständnis als zum Westen im politischen Sinne gehörig.

Die gemeinsame Werteordnung der westlichen Staaten ist der Grund für ein „paralleles Denken“ – die Werte bestimmen die Interessen. Im Ergebnis sind die Weltsicht und Interessenlage der westlichen Staaten ab einem Abstraktionsniveau, das kurzfristige utilitäre Interesse übersteigt, im Großen und Ganzen ähnlich. Deshalb ist es gerechtfertigt, von dem Westen, den westlichen Staaten, den westlichen Werten oder der westlichen Weltsicht zu sprechen.

V

Die akute Gefahr der Marginalisierung, aber insbesondere der Angriff Russlands auf die Ukraine, hat den Westen aus der schicksalsergebenen Lethargie gerissen.

In letzter Zeit bemüht sich der Westen deshalb verstärkt um den Dialog mit dem „Globalen Süden“. Anders als der Westen gründet sich der „Globale Süden“ nicht auf einer gemeinsamen Werteordnung. Dies gestaltet den Dialog mit dem „Globalen Süden“ schwieriger.

Im Übrigen ist die Bezeichnung „Globaler Süden“ eine „westzentrierte“ Bezeichnung – die Staaten, die wir dazu zählen, sehen sich nicht als miteinander irgendwie verbunden und gebrauchen diese Bezeichnung auch nicht.

Eine Vorstellung haben die Staaten des „Globalen Südens“ allerdings gemeinsam – das ist die Überzeugung, dass man vom Westen zwar Hilfe jedweder Art und Zahlungen fordern darf und kann, Belehrungen über die eigene politische Ordnung jedoch nicht dulden will. Insbesondere betrachten die Staaten des „Globalen Südens“ die Menschenrechte bzw. Menschenrechtsverletzungen als ausschließlich innere Angelegenheit. Sie empfinden die aus dem Westen stammende Werte oft als „fremde“ Werte, und setzen ihre eigenen Werte dagegen.

Das erzeugt interne Spannungen in der westlichen Werteauffassung – wir erachten die wichtigsten unserer grundlegenden Werte für universal. Diese Spannung macht sich dann in der internationalen Politik bemerkbar, was den Dialog des Westens mit dem „Globalen Süden“ belastet.

VI

Ich komme jetzt zu Russland – einer ehemaligen Supermacht, die heute eher nur noch eine überregionale Macht ist, einer der kleineren „Global Players“, welcher allerdings versucht, seine verlorene Supermachtstellung zurückzuerobieren. Russland hat weder das wirtschaftliche Potenzial noch die politische oder ideologische Anziehungskraft, um dieses zu erreichen – und setzt daher nur auf militärische Gewalt und hybride Kriegsführung. Von Russland geht derzeit die stärkste Bedrohung des Weltfriedens aus.

Wie hat sich Russland, zu dem heute größten *enfant terrible* der Welt entwickelt?

Russland hat niemals eine dauerhafte, stabile demokratische Staatsordnung gehabt. Es gab zwei kurze Demokratisierungsversuche, die beide gescheitert sind. Der erste Versuch scheiterte 1917, nach nur acht Monaten nach der Februarrevolution, ebenso wie der zweite Versuch, sieben Jahrzehnte später, während der Periode von zehn Jahren zwischen 1990 und 2000. Wichtig für die richtige Einschätzung der Zukunft Russlands ist, dass der letzte Demokratisierungsversuch, das chaotische Jelzin-Jahrzehnt, sowohl von der russischen Elite als auch von der großen Mehrheit der Bevölkerung als ein Schock erlebt wurde. Die Neunzigerjahre sind ein langanhaltendes Trauma für das heutige Russland. Die Demokratie in Russland hat nur wenige Anhänger.

Seit dem Machtantritt Putins in Jahre 2000 hat er eine konsequente Politik der Umwandlung Russlands in einen autokratischen Staat betrieben, der durch eine extrem nationalistische Ideologie stabilisiert wird.

Dabei ging Putin zielstrebig, aber zunächst unauffällig und verhalten voran. Im ersten Jahrzehnt nach seinem Machtantritt wurden die in den Neunzigerjahren eingeführten demokratischen Elemente nach und nach abgebaut. Dabei wurden insbesondere die bürgerlichen Freiheiten ständig beschnitten. Der Staat hat Schritt für Schritt praktisch alle Medien, insbesondere das in Russland populäre Fernsehen, übernommen und in den letzten Jahren auch eine Kontrolle des Internets und der sozialen Netzwerke eingeführt. Unabhängige Stimmen in der Gesellschaft und in den Medien wurden zunächst marginalisiert und später fast gänzlich zum Schweigen gebracht.

Gleichzeitig wurde ein klassisches autokratisches politisches System aufgebaut. Die Staatsmacht wurde zentralisiert. Es entstand eine – wie dies in Russland genannt wird – „Vertikale der Macht“ mit dem Präsidenten an der Spitze, dessen Macht bis zu den lokalen Institutionen und Beamten, bis in den letzten Winkeln des Landes reicht. Seit mindestens zwölf oder fünfzehn Jahren ist Russland daher als Autokratie zu betrachten – zunächst noch mit einem kleinen Führungszirkel, später bereits als eine Ein-Mann-Herrschaft. Mit allen Konsequenzen, die sich daraus ergeben.



Es ist zu bemerken, dass eine solche autokratische Staatsordnung der russischen historischen Tradition entspricht. Sie wird von großen Teilen der Bevölkerung als authentisch „russisch“ betrachtet – im Gegensatz zu der „moralisch verdorbenen“ westlichen Demokratie.

VII

Das von Putin aufgebaute russische Regime basiert auf ideologisierten Massen. Die Ideologie gibt diesem autokratischen Regime die notwendige Legitimität. Damit ist das russische Regime keine „übliche“ Autokratie, wie etwa ein lateinamerikanisches oder afrikanisches Militärregime, das keine oder nur dünne Ideologie hat und dessen Hauptziel der eigene Machterhalt ist.

Russland ist anders. Russlands Autokratie basiert auf einer Ideologie, der sogenannten „russischen Welt“ („russkij mir“), die in ihrem Selbstverständnis als eine Alternative zum „verfaulenden“ liberalen Westen sein soll.

Die Gedankenwelt dieser Ideologie ist nicht neu. Sie besteht aus einem Mix von Elementen, die zum einen aus dem 19. Jahrhundert stammen: Imperialismus, Kolonialismus, Rassismus, nationalistischer Exzeptionalismus und zum anderen, aus Versatzstücken der sowjetischen Ideologie, darunter insbesondere der Behauptung der Überlegenheit des russischen „Systems“ gegenüber dem Westen. Angereichert ist diese Ideologie mit orthodoxem Mystizismus, zu dem die Russisch-Orthodoxe Kirche mit ihrem Patriarchen Kyrill an der Spitze gerne beiträgt. Also altbekannte Ideen, neu ist nur ihr Mix zu einer neuen Ideologie der „russischen Welt“.

Zu dem russischen Exzeptionalismus: Ein zentraler Bestandteil dieser Ideologie ist, dass die Russen eine besondere Mission in der Welt haben. Ich möchte hier einen der wichtigsten Ideologien Russlands, Alexander Dugin, zitieren, auf den sich gerne auch Putin beruft. Dugin hat unlängst so formuliert: „Wir, Russen, sind das Gottesträgervolk. Deshalb sind alle unsere Erscheinungsformen, hohe und tiefe, selige und schreckliche, geheiligt. Sogar unsere Verbrechen stehen unvergleichlich höher als fremde Tugenden.“



Eine Aufgabe dieser Ideologie ist auch die Erzeugung der kollektiven Angstpsychose, dass Russland von Feinden „eingekreist“ sei und diese Russland überfallen und vernichten wollen, insbesondere der Westen in Gestalt der NATO. Diese durch ständige allumfassende Propaganda zementierte Wahrnehmungsstörung, dient als Rechtfertigung für die weitgehende Militarisierung der Gesellschaft und insbesondere der Jugend.

Das ist die Gedankenwelt dieser Ideologie. Ebenso wurde in der Zwischenkriegszeit von vielen die wirre Gedankenwelt der Nazis nicht ernst genommen und belächelt, bis diese schreckliche Wirklichkeit wurde. Auch heute sind etliche Politiker und Meinungsbildner geneigt, die Ideologie der „russischen Welt“ als Spinnerei abzutun. Das ist aber falsch und irrgläubig. Denn Putin und die Mehrheit der Russen glaubt an sie.

VIII

Seit Putins Machtantritt ist Russland zunehmend aggressiver geworden. Die Freiheit und die Demokratie, insbesondere in einer unabhängigen Ukraine, die als eine Art „urrussisches“ Territorium angesehen wird, wird nicht nur als Bedrohung, sondern als eine Beleidigung Russlands angesehen.

Der frühere russische Präsident und Ministerpräsident Medwedew, der weiterhin zum engsten Führungskreis Russlands gehört, hat das gerade kürzlich klargestellt. Ich zitiere: „Warum wird die {unabhängige, Anm. E.L.} Ukraine verschwinden? Weil niemand in der Welt die Ukraine braucht. Russland braucht die Ukraine nicht, diese zerrissene und schmutzige Flickdecke. Diese minderwertige Ukraine brauchen wir, braucht Russland nicht.“

Das ist eine typische Sicht auf die Welt durch die Brille der Ideologie der „russischen Welt“ – ob eine andere Nation existenzberechtigt ist, hängt davon ab, ob Russland sie „braucht oder nicht“. Vor 200 Jahren, im Zeitalter des Imperialismus und Kolonialismus, wäre eine solche Aussage eines hochrangigen europäischen Politikers nicht aufgefallen. Damals war eine solche Behauptung normal und gewöhnlich.

Aber 200 Jahre später ist es nicht mehr normal. Es ist die Bestätigung, dass Russland in seiner ideologischen Verblendung bereit ist, das schwerste völkerrechtliche Verbrechen seit der Verabschiedung der UNO-Charta im Jahre 1945 zu begehen: Einen Angriffskrieg gegen ein unabhängiges Land mit dem Ziel der Zerschlagung desselben zu führen.



In diesem Krieg gibt es einen Aggressor und ein Opfer. Wenn Russland aufhört zu kämpfen und die Ukraine verlässt, gibt es keinen Krieg mehr. Wenn die Ukraine aufhört zu kämpfen, gibt es keine Ukraine mehr. So simpel.

Deshalb ist verständlich, dass andere Nationen, sowohl die ukrainische Nation als auch jede andere, das Erscheinen einer solchen „russischen Welt“ in ihrem Land ablehnen. Es wäre illusorisch zu glauben, dass die Ukrainer im Falle des Verrats von der westlichen Seite ihren heroischen Widerstand aufgeben werden. Die Besatzung seitens Russlands wird nicht akzeptiert werden. Genauso wie seinerzeit die deutsche Besatzung in Frankreich, in Polen, in Lettland oder in anderen besetzten Staaten nicht akzeptiert worden ist. Es ist

deshalb verwunderlich, dass manche Politiker, Intellektuelle, Publizisten und andere Vertreter in Europa glauben, dass die ukrainische Bevölkerung eine russische Besatzung akzeptieren wird.

Was wiederholte Rufe nach sofortiger Beendigung der Kriegshandlungen betrifft, so ist die Lage denkbar einfach. Der US-Außenminister Blinken hat sie auf den Punkt gebracht: In diesem Krieg gibt es einen Aggressor und ein Opfer. Wenn Russland aufhört zu kämpfen und die Ukraine verlässt, gibt es keinen Krieg mehr. Wenn die Ukraine aufhört zu kämpfen, gibt es keine Ukraine mehr. So simpel.

Deshalb ist die leider verbreitete Vorstellung, man müsse diesen Krieg durch eine Art Verhandlungslösung beenden, um Putin Gesichtswahrung zu ermöglichen, illusorisch. Denn wie kann ein Kompromiss aussehen, in dem eine Seite der anderen Seite das Existenzrecht abspricht? Und soll die Ukraine Millionen von Ukrainern jetzt preisgeben? Es geht nicht um Quadratkilometer, es geht um die Menschen, die dort leben. Außerdem scheint mir, dass vom Gesicht Putins bereits jetzt nicht mehr viel übriggeblieben ist, das noch zu wahren wäre. Vernünftigerweise sollte es aber Verhandlungen über die Bedingungen des russischen Abzugs geben. Auf solche Verhandlungen warten wir alle.

IX

Wohin soll Europa in dieser Situation steuern? Kurzfristig, mittelfristig, langfristig. Zunächst zu der aktuellen Reaktion: Wie bereits erwähnt, ist es eine Illusion zu glauben, dass das Aufgeben der Ukraine, der Verrat an der Ukraine, einen wirklichen und dauerhaften Frieden bringen würde.

Man sollte deutlich sagen: Ein schwaches Europa, ein schwacher Westen kann den Frieden nicht sichern. Weder in der Ukraine noch in Europa, noch in der Welt.

Im Gegenteil: Wenn Russland jetzt für seine bereits dritte militärische Aggression gegen andere Staaten – nach Georgien 2008 und dem ersten Überfall auf die Ukraine bereits 2014 – straffrei bliebe, dann wäre das eine Bestätigung seiner kruden Ideologie. Für Putin und die Mehrzahl der Russen wäre es ein Beweis der Richtigkeit ihrer Ideologie. Und folgerichtig, wie bereits auch vielfach von der russischen Führung in Aussicht gestellt, würde dann der nächste Krieg folgen.



Ein schwaches Europa, ein schwacher Westen kann den Frieden nicht sichern. Weder in der Ukraine noch in Europa, noch in der Welt.

Ich möchte nochmals betonen: Nicht die westliche Stärke, sondern die westliche Schwäche ist eine Provokation für Russland.



X

Darüber hinaus würde die Belohnung Russlands für die Aggression die globale Kriegsgefahr anheizen. China, neben den USA nun der zweitstärkste „Global Player“, beobachtet sehr genau, wie sich der russische Krieg in der Ukraine entwickelt. Unauffällig unterstützt China Russland, doch zeigt es kein Interesse – im Moment jedenfalls – sich direkt einzumischen.

Aus chinesischer Sicht ist diese Situation sehr komfortabel: Der Westen ist mit jedweder Art von Ressourcen im Konflikt engagiert, Russland, der eventuelle kleine Bruder oder potenzielle Rivale ist ebenfalls gebunden. China kann in dieser Zeit seine Muskeln wirtschaftlich, politisch und militärisch wachsen lassen und durch kleinere Provokationen seine Nachbarn in Ostasien nervös machen. Aus Sicht Chinas ist der russische Krieg gegen die Ukraine ein Test für die Stärke des Westens, vor allem der Vereinigten Staaten. Würde Russland den Krieg gewinnen, so wäre dies ein klares Signal und Beweis für China: Der Westen ist schwach. Er kann sich nicht verteidigen.



Die Ukraine von heute kann Ostasien von morgen sein.

Das würde China freie Hand in Ostasien geben, insbesondere gegen das unmissverständlich verkündete erste Ziel – das demokratische Taiwan.

Es ist gewiss kein Zufall, dass während der chinesische Präsident Xi im Frühjahr in Moskau war, der japanische Ministerpräsident Kishida am selben Tag Kiew besuchte. Kishida sagte dort ohne Umschweife: Die Ukraine von heute kann Ostasien von morgen sein. Deshalb sicherte er der Ukraine die volle Unterstützung Japans zu. Das ist eine vorausschauende Politik, die die bedrohliche globale Lage richtig wahrnimmt.

XI

Doch es gibt auch gute Nachrichten. Europa und der Westen insgesamt, hat aus den Fehlern, aus der Blindheit des letzten Jahrzehntes gelernt.

Die Mehrheit oder jedenfalls die politische Elite in den westlichen Gesellschaften hat inzwischen erkannt, dass Russland eine aggressive Macht ist, die nach anderen Prinzipien, nach einer anderen Logik agiert als der Westen.

Diese Erkenntnis ist sehr wichtig. Man muss die andere, unterschiedliche Denklogiken – nicht nur in Russland, sondern z.B. auch in China oder in den islamischen Staaten – verstehen, um selbst richtig und zielgerichtet handeln zu können.

Früher gab es z.B. an der Universität Hamburg ein Institut für Osteuropaforschung, das die Kompetenz hatte, Russland und den Sowjetblock insgesamt richtig analysieren zu können. Der hier im Saal anwesende Prof. Luchterhandt war eine Zeitlang Leiter dieses Instituts. Ich und die hier im Saal ebenfalls anwesende Frau Cipulis und Rechtsanwalt Janus waren damals dort studentische Hilfskräfte. Das Institut besteht schon lange nicht mehr. Nach den Ereignissen im Jahre 1990 hat jene Vorstellung die Oberhand gewonnen, dass die ganze Welt so denkt wie die westliche Welt. Eine spezielle, tiefergehende Kompetenz andere Gesellschaften zu verstehen – und zu durchschauen – sei nicht erforderlich.

Das war eine gefährliche Illusion. Ein anschauliches Beispiel dafür ist die Politik des „Wandels durch Handel“. Das Scheitern dieser Politik, das etliche europäische Staaten in eine gefährliche



Abhängigkeit von den Energielieferungen Russlands und der Lieferung strategischer Produkte durch China gebracht hat, war nur folgerichtig. Nebenbei bemerkt – auch das amerikanische Desaster in Afghanistan war ein Fanal dieser hartnäckigen Inkompetenz.

XII

Aber wie zuvor gesagt – der Westen hat seine Fehler erkannt und richtige Schlussfolgerungen daraus gezogen.

Symbolisch dafür war die Zeitenwendenrede des Bundeskanzlers bereits einige Tage nach dem russischen Angriff. Der Bundeskanzler hat klar erkannt: Es ist jetzt eine andere Zeit angebrochen, und der Westen muss richtig reagieren. Es verging in Deutschland einige Zeit, bis man diese Aussage des Bundeskanzlers konkretisiert hat. Aber jetzt scheint klar wie die Reaktion und Aktionen aussehen sollen.

Die richtigen Schlussfolgerungen im Bereich der Verteidigung wurden auf dem Gipfeltreffen der NATO in Madrid Ende Juni 2022 formuliert. Dabei wurden zwei Aufgaben detailliert formuliert:

Die erste aktuelle Aufgabe der NATO-Mitgliedstaaten ist es, der Ukraine militärisch, aber auch politisch, wirtschaftlich und humanitär zu helfen. Die Ukraine muss in der Lage sein, sich selbst verteidigen zu können und den Krieg zu gewinnen. Sie haben bestimmt eine gewisse Evolution des „Wordings“ der Diplomaten und Politiker bemerkt. Zunächst hieß es, die

Ukraine soll nicht verlieren, dann sollte Russland nicht verlieren, dann etwas später sollte Putin möglichst das Gesicht wahren. All scheint jetzt passé zu sein – seit ein paar Monaten, etwa seit Weihnachten 2022, ist öfters auch Formulierung zu hören – die Ukraine muss den Krieg gewinnen.

Der Krieg dauert schon eine Weile und ein Ende ist derzeit nicht in Sicht. Sehr langsam und unter großen Verlusten erobert die Ukraine ihr eigenes Territorium zurück. Je länger der Krieg andauert, desto größer die Gefahr, dass die Aufmerksamkeit der NATO-Mitgliedstaaten auf den Krieg und der Wille, Ukraine zu helfen, nachlässt. Dies wäre aber für die Zukunft Europas, die Zukunft des Westens und die Aufrechterhaltung der 1945 etablierten globalen Friedensordnung sehr gefährlich.

Demokratien wird nachgesagt, dass diese aus strukturellen Gründen nicht in der Lage sind, längerfristig ihre Ziele zu verfolgen und eine konkrete Politik trotz Widerständen durchzuhalten. Autokratien wären in dieser Hinsicht im Vorteil.

Ich meine, diese ist die richtige Gelegenheit, das Gegenteil zu beweisen. Die Glaubwürdigkeit der Demokratie würde weiter erodieren, wenn es sich erweisen würde, dass diese nicht in der Lage ist, einem aggressiven autokratischen Regime mit weltfremden ideologischen Wahnvorstellungen Paroli zu bieten. Insbesondere, weil jetzt der Westen nicht selbst kämpfen muss, sondern das angegriffene Opfer sich selbst verteidigt und heroisch wehrt, und vom Westen nur Hilfe im eigenen Interesse erwartet wird.



XIII

Die zweite, langfristige, auf dem NATO-Gipfeltreffen in Madrid beschlossene Aufgabe ist, die Sicherheit der NATO-Staaten, aber zugleich des Europas und des Westens insgesamt zu gewährleisten.

In der gegenwärtigen Situation, in der eine Seite aggressive Absichten verfolgt, während die andere sich nur verteidigen will, bedeutet die notwendigen Investitionen in die Verteidigung. Deshalb wurde auf dem Gipfeltreffen in Madrid Ende Juni 2022 das neue Strategiekonzept der NATO verabschiedet, dass das bisherige aus einer anderen Zeit, aus dem Jahre 2010 stammende und heute von den aktuellen Ereignissen überholte Konzept ablöst.

Das neue Strategiekonzept sieht die Abschreckung eines potenziellen Feindes durch glaubwürdige Verteidigungskapazitäten vor. Auf Englisch: „*deterrence through credible defence capacities*“.

Die Logik ist einfach: Der Gegner in diesem Falle Russland, wird nicht angreifen, wenn er davon ausgehen muss, dass er verlieren wird. Im Falle der Ukraine glaubte Russland, auf keinen nennenswerten Widerstand zu stoßen. Deshalb wagte es den Angriffskrieg. Und irrte sich.

Die Umsetzung des neuen Strategie-Konzepts bedeutet zunächst, dass das militärische Potenzial der NATO in Realität vorhanden sein muss. Das bedeutet, die Hardware – die Waffensysteme – muss vorhanden sein. In den optimistischen Neunzigerjahren nach dem Ende des Kalten Krieges haben die NATO-Mitgliedstaaten die vorhandenen Waffen ausgemustert und nur wenige Investitionen in neue Waffen gemacht. Russland (und auch China) haben dagegen im letzten Jahrzehnt stark aufgerüstet. Die bisherige Sorglosigkeit des westlichen Verteidigungsbündnisses, das die zunehmend gefährliche Bedrohungslage nicht wahrnehmen wollte, soll jetzt beendet werden.

XIV

Aber *credible defence capacity* bedeuten nicht nur Flugzeuge, Panzer und Raketen. Das bedeutet vor allem den Willen, sich verteidigen zu wollen. Zunächst scheint das etwas wenig Greifbares. Aber wenn man die Waffen hat, jedoch keinen politischen Willen, diese im Falle des Angriffs einzusetzen, dann haben die Waffen alleine keine Bedeutung. Das bedeutet, dass beide Elemente gleichzeitig vorhanden sein müssen: Die Waffen und der politische Wille sich verteidigen zu wollen.

Diese beiden Elemente – das heißt, das Vorhandensein des militärischen Potenzials und des festen Verteidigungswillens – müssen der Gegenseite unmissverständlich kommuniziert werden. Die Gegenseite muss wissen, dass wir uns erstens verteidigen können und zweitens auch wollen. Erst dann funktioniert die Abschreckungsstrategie.

Deshalb sind die Formulierungen, das „wording“, der verantwortlichen Politiker, Diplomaten, der Meinungselite, sehr wichtig, weil der potenzielle Gegner daraus auf die Festigkeit des politischen Willen schließen kann. Aussagen, die den Willen in Zweifel ziehen, vermindern die Verteidigungsfähigkeit, und erhöhen das Risiko eines Krieges.

XV

Wir müssen langfristig mit einem aggressiven Russland rechnen. Es gibt keine Anzeichen dafür, dass sich die aggressive Ideologie in absehbarer Zukunft ändern wird. Unabhängig davon, wer der Mann oder die Frau an der Spitze des Staates sein wird. Diese Ideologie dauert länger als eine Person im Amt. Sie ist inhaltlich nicht an eine Person gebunden. Auch nicht an Putin.

Eine solche Ideologie abzuschütteln, wird für die russische Gesellschaft sehr schwierig sein. Zwar haben die Deutschen diesen Prozess nach 1945 relativ schnell bewältigt – aber erst nach einer totalen Niederlage im Kriege und zugleich mit Hilfe der Amerikaner. Europa, wie wir es heute kennen, würde nicht vorhanden sein, wenn die deutsche Gesellschaft nach dem Zweiten Weltkrieg – trotz der Niederlage – weiterhin in der nationalsozialistischen Ideologie gefesselt geblieben wäre.

Die Deutschen haben sich nach 1945 einer grundlegenden Transformation der Selbstsicht und der Weltsicht unterzogen und relativ schnell von den verbrecherischen Ideen der Nazis verabschiedet. In Russland sind die Voraussetzungen dafür nicht gegeben. Die demokratische Opposition ist schwach. Wir haben die Pflicht, diese zu unterstützen, was auch vielerorts geschieht. Wir in Lettland haben mehrere Hundert russische oppositionelle Exiljournalisten aufgenommen, die nach Russland faktengestützte Informationen senden. Aber wir müssen realistisch sein: In der nächsten Zeit und auch mittelfristig wird sich das Regime in Russland nicht ändern.

XVI

Die Stärkung der Verteidigungsfähigkeit durch militärische Stärke und entschlossenen Willen ist die einzige Möglichkeit, einen Krieg, den nächsten Krieg, zu verhindern.

Das sollte die heutige Friedenspolitik sein.

Das sollte die Grundlage des Friedens für die nächste Zeit und wahrscheinlich für eine relativ lange Zeit sein.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!

WAS HÄLT EUROPA ZUSAMMEN? – EIN MULTIDISZIPLINÄRER DIALOG

In einer anschließenden Paneldiskussion, an der neben dem lettischen Staatspräsidenten **S.E. Oleksii Makeiev**, Botschafter der Ukraine in der Bundesrepublik, **Almut Möller**, Staatsrätin und Bevollmächtigte der Freien und Hansestadt Hamburg beim Bund, und **Ivo Belet**, Senior Expert im Kabinett der Vizepräsidentin der Europäischen Kommission und Kommissarin für Demokratie und Demografie, teilnahmen, wurde die Frage diskutiert, was die Europäische Union angesichts der nationalen und internationalen Krisen zusammenhält.

Die Vergangenheit hat gezeigt, dass Krisen die Europäische Union zwar immer wieder vor Herausforderungen gestellt, letztendlich aber auch zur Stärkung der politischen Einheit geführt haben. Ein Beispiel dafür, so der lettische Staatspräsident, sei der russische Angriffskrieg auf die Ukraine, der dazu beitrug, dass die „außenpolitische Handlungsfähigkeit trotz gewisser Probleme gestärkt worden“ ist. Europa habe „bisher noch nie mit einer Stimme so laut gesprochen, wie es jetzt der Fall“ ist.



Auch der ukrainische Botschafter S.E. Oleksii Makeiev teilte diese Einschätzung: „Noch nie zuvor war Europa so geschlossen, mein Land und die europäischen Werte zu verteidigen“. Gleichzeitig betonte Makeiev auch die Vielschichtigkeit der europäischen Solidarität. Sie sei nicht nur eine Solidarität zwischen Staaten, sondern auch zwischen Bürgerinnen und Bürgern und innerhalb der europäischen Zivilgesellschaften.

Almut Möller griff diesen Impuls auf: „Wir haben alle unsere Rolle dabei jetzt gut zu überlegen. Wie ist unser Beitrag für eine Stärkung der Europäischen Union nach innen und für eine Stärkung Europas über die Europäische Union hinaus? Für alle diejenigen, mit denen wir uns verbunden fühlen und die sich mit uns verbunden fühlen.“

Die jüngsten Krisen hätten zu einem neuen Bewusstsein für die Fragilität des „European way of life“ geführt. Ivo Belet unterstrich, dass dieser nicht selbstverständlich sei, sondern immer wieder reproduziert werden müsse.

Abschließend fasste auch S.E. Egils Levits mit Blick auf die Zukunft zusammen: „Es gibt keinen Weg, unsere Lebensauffassung zu erhalten, durchzusetzen und zu stärken, ohne dass Europa gestärkt wird.“ Das Europa der Zukunft wird insofern so aussehen, wie es aussehen muss.

Die Moderation der Veranstaltung übernahmen **Prof. Dr. Markus Kotzur**, Präsident des Europa-Kollegs Hamburg, und **Prof. Dr. Ursula Schröder**, wissenschaftliche Direktorin des IFSH.



IMPRESSUM

Universität Hamburg

Mittelweg 177

20148 Hamburg

Tel.: +49 40 42838-3044

Fax: +49 40 42838-6352

Website des Forums: www.hamburg-vigoni.de

Herausgeberschaft: Markus Kotzur,

Christiane Liermann Traniello, Ursula Schröder

(Liermann, C., Kotzur, M. und Schröder, U., 2023.

Notizen aus dem Hamburg-Vigoni Forum No 5.

Hamburg/Menaggio: Universität Hamburg; In-text:

Liermann, Kotzur und Schröder, 2023)

Editorial Team: Kalina Hadzhieva, Martin Lieberich

Druck: Universitätsdruckerei der Universität Hamburg

Foto Credits: S. 1 UHH/ Höhne, S. 2: UHH/ Lutsch /

Villa Vigoni, S. 4-26 UHH/ Höhne

Partnerinstitutionen

Europa-Kolleg Hamburg –

Institute for European Integration

www.europa-kolleg-hamburg.de

institute@europa-kolleg-hamburg.de

Institut für Friedensforschung und

Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg

www.ifsh.de

ifsh@ifsh.de

Villa Vigoni – Deutsch-italienisches

Zentrum für den europäischen Dialog

www.villavigoni.eu

segreteria@villavigoni.eu

Redaktionsschluss: 28.12.2023



WWW.UNI-HAMBURG.DE



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Gefördert im Rahmen der Exzellenz-
strategie von Bund und Ländern